

## NACHRICHTEN

## Rücktritt aus Kommission

**WOLHUSEN** red. Ruth Pfulg-Meyer, Mitglied der Bildungskommission, hat auf Ende der laufenden Amtsperiode per 31. Juli 2016 ihre Demission eingereicht. Sie war während fünf Jahren im Amt, teilt die Gemeinde mit. Die Neuwahl erfolgt an der Gemeindeversammlung vom 6. Juni 2016.

## Steuerämter: Software-Wechsel

**KANTON** red. Büros und Schalter der Dienststelle Steuern des Kantons Luzern bleiben am Montag, 7. Dezember, aufgrund eines Software-Releasewechsels geschlossen. Dies teilt die Staatskanzlei mit. Bei den Gemeindesteuerämtern ist der Betrieb eingeschränkt. Die Website [www.steuern.lu.ch](http://www.steuern.lu.ch) steht rund um die Uhr zur Verfügung.

## Buttisholz macht bei Aquaregio mit

**WASSERVERSORGUNG** red. Gemeinde- und Korporationsrat von Buttisholz sprechen sich für die Teilnahme bei Aquaregio aus. Die Gesellschaft soll 2016 gegründet werden und die Versorgungssicherheit sowie die Menge an Trink- und Brauchwasser in der Region Sursee erhöhen (Ausgabe vom 2. September). Buttisholz könnte über eine bestehende Leitung ab Grosswangen oder durch eine neue Leitung ab Nottwil erschlossen werden, teilt der Gemeinderat mit. Die Kosten betragen 2016 4 Franken pro Person und werden über die Spezialfinanzierung Wasserversorgung bezahlt.

## Höckeler-Zunft hat Meister gekürt

**NEUENKIRCH** red. Die Höckeler-Zunft wählte **Roger Bühlmann-Burkard** (40, Bild) zum 34. Zunftoberhaupt. Der selbstständige Zimmermann sei ein «waschechter Neuenkircher», teilt die Zunft mit. Zusammen mit seiner Frau Andrea und dem Zunftweibelpaar Sepp Risi und Monica La Vigna führt er unter dem Motto «Chond scho guet» durch die Fasnacht.



## Budget: Die Sieger und Verlierer

**KANTONS RAT** Polizisten und ein Teil der Lehrer können die Budgetdebatte als Erfolg verbuchen. Bei den sozialen Institutionen ist das Gegenteil der Fall – bei einer Partei auch.

LUKAS NUSSBAUMER UND CYRIL AREGGER  
kanton@luzernerzeitung.ch

Noch hat Luzern kein Budget – der Entscheid fällt am Montag. Die Chancen, dass die fehlenden 2,5 Millionen eingespart werden können, stehen aber gut (Ausgabe von gestern). Klar ist bereits jetzt, dass es Gewinner und Verlierer gibt.

## GEWINNER

• **Polizei:** Der Kantonsrat entschied mit 59 gegen 53 Stimmen, bei der Polizei nicht zu sparen. Damit muss das Korps beim Patrouillendienst keine Abstriche machen. Federico Domenghini, Präsident des Verbands der Luzerner Polizei, zeigt sich zwar «erleichtert», sagt aber auch: «Es darf nicht ausgeblendet werden, dass der Personalaufwand um 1 Prozent gesenkt werden muss.» Das Korps betrachtete sich «nicht nur als Sieger».

• **Finanzdepartement:** Ebenfalls erleichtert über einen Kantonsratsentscheid ist Kantonsbaumeister Hans-Urs Baumann. Der CVP-Antrag, die Planung des Verwaltungszentrums am Seetalplatz in Emmen sei zu sistieren, wurde mit 79 gegen 34 Stimmen klar abgelehnt. «Mit diesem Projekt können wir pro Jahr wiederkehrend 5,7 Millionen sparen», sagt Baumann. Diese Summe sei von zwei renommierten, internationalen Treuhandunternehmen unabhängig voneinander errechnet worden. 2020 soll über das 140-Millionen-Projekt abgestimmt werden. Die ersten Kantonsangestellten könnten frühestens 2023 einziehen.

• **Fachklasse Grafik:** Mit 79:34 votierte das Parlament für den Erhalt. Beim Förderverein ist man «hoch erfreut», heisst es in einer Mitteilung. Erfreulich sei die «konstruktive Diskussion mit der Politik im Vorfeld der Debatte» gewesen, schreibt der Verein und bedankt sich explizit auch bei den über 20 000 Personen, die die Petition zur Erhaltung der Schule unterschrieben haben.

• **Musikschulen:** Verschont wurde auch der freiwillige Instrumentalunterricht an Gymis. Mit 55:51 sprach sich der Kantonsrat gegen den regierungsrätlichen Plan aus, die Jahresbeiträge der Schüler um 150 auf 1040 Franken zu erhöhen.

## VERLIERER

• **Prämienzahler:** Chancenlos war der Antrag von SP und Grünen, auf die



Das Parlament hört während der Debatte über den Aufgaben- und Finanzplan dem Votum von SVP-Kantonsrat Marcel Omlin zu.

Bild Nadia Schärli

Kürzung des Kantonsanteils bei der Verbilligung von Krankenkassenprämien in der Höhe von 1,2 Millionen sei zu verzichten. SP-Kantonsrätin Yvonne Zemp zeigt sich darüber denn auch «sehr enttäuscht». Immer mehr Luzernerinnen und Luzerner, nämlich bereits über 50 000, müssten mehr als 10 Prozent ihres Einkommens für die Krankenkassenprämien aufwenden. Und die Lage werde sich noch zuspitzen, prognostiziert die Surseer Parlamentarierin: «Die Krankenkassenprämien steigen weiter, doch der Kanton erhöht seinen Anteil nicht.»

• **Soziale Institutionen:** 69 Kantonsräte sprachen sich für eine erneute Kürzung der kantonalen Beiträge um 1 Prozent aus, nur 39 dagegen. «Wir sind sehr enttäuscht, obwohl es sich abgezeichnet hatte», sagt Ruth Fuchs-Scheuber, Präsidentin der Interessengemeinschaft der Trägerschaften privater sozialer Einrichtungen. Weitere Sparmassnahmen seien nun nicht mehr vertretbar, ist sie überzeugt. «Wir werden deshalb unsere Kräfte darauf konzentrieren, allfällige weitere Sparmassnahmen zu verhindern.»

Einfach werde dies nicht, ist sich Fuchs bewusst. «Die Schliessung einer Fachklasse Grafik ist spektakulär und mobilisiert. Ein schleichender Abbau, wie er bei den sozialen Institutionen stattfindet, mobilisiert Bevölkerung und Parlamentarier hingegen viel weniger. Das ist ein Nachteil und erfüllt uns mit Sorge.»

• **CVP:** Die Strategie der grössten Kantonsratsfraktion, bei der Bildung und Sicherheit weniger zu sparen und dafür beim Personal mehr abzubauen, ging nicht auf. Auch der Plan, die Arbeiten für das Verwaltungszentrum Seetalplatz zu sistieren, scheiterte. Kantonsrätin und Parteivizepräsidentin Yvonne Hunkeler sieht das anders: «Wir wollten das Budget nicht wie SVP und FDP einfach unverändert durchwinken, sondern inhaltliche Schwerpunkte setzen. Das ist uns bei der Bildung und Sicherheit gelungen.» Noch immer nicht nachvollziehen kann Hunkeler, warum die Kompensationsvorschläge ihrer Partei – beim Finanz-, Bau- und Justizdepartement 5 Prozent des Personalaufwands zu streichen – bei SVP und FDP auf Ablehnung stiessen. Das Bildungs- sowie das Ge-

sundheits- und Sozialdepartement der CVP-Regierungsräte Reto Wyss und Guido Graf würden diesen Sparbeitrag ja leisten können. Wo die fehlenden 2,5 Millionen bis Montag eingespart werden können, sei nun Sache der Regierung.

## SONDERFALL LEHRER

Speziell ist die Situation bei den Berufsschullehrern. Zwar müssen sie 2016 wie die Mittelschullehrer einwöchige Zwangsferien beziehen. Doch damit sei das kleinste Übel angenommen worden, sagt Stefan Moser, Präsident des BCH, der die Interessen der Berufsschullehrer vertritt. Weil der Kantonsrat sich aber gegen mehr Lektionen für Lehrer ausgesprochen, sei man vorerst erleichtert. «Dies hätte sowohl für Schüler wie Lehrer viel negativere Folgen gehabt. Trotz deutlich steigender Lehrlingszahlen wurden bei uns schon 60 Stellen abgebaut.» Laut Moser mache man sich für die Zukunft wenig Illusionen. Der Spardruck bleibt hoch. «Hoffentlich haben die Entscheidungsträger dann mehr Zeit, eine Strategie zu entwickeln, welche unser Juwel Berufsbildung nicht weiter schwächt.»

## Regionales Bauamt: Gemeinden nehmen ein Time-out

**SURENTAL** Geuensee will vorerst kein regionales Bauamt mit Büron und Knutwil. Doch wie sieht es in Sursee, Schenkon und Oberkirch aus?

Überraschende Wende in Geuensee: An der von 101 Stimmberechtigten besuchten Gemeindeversammlung wurde das Geschäft «Schaffung eines regionalen Bauamts» abtraktandiert (Ausgabe vom Dienstag). Dies, obwohl sich die Gemeinderäte von Büron, Geuensee und Knutwil darauf geeinigt hatten, das Projekt per 1. September 2016 umzusetzen. Gegenwind kam im Vorfeld der Gemeindeversammlung vor allem von der FDP. «Es kann nur von einem regionalen Bauamt gesprochen werden, wenn es mehrere Gemeinden umfasst und daher eine gewisse Grösse beinhaltet», sagt Ortsparteipräsident Adrian Ruch. Er definiert sie bei rund 16 000 Einwohnern. Das heisst für ihn: Zu Büron sollten sich mit Geuensee, Knutwil, Sursee, Oberkirch, Mauensee und Schenkon idealerweise alle sechs Sursee-Plus-Gemeinden zusammenfinden. «Damit wäre eine gewisse Grundauslastung gewährleistet,

und Schwankungen in einzelnen Gemeinden könnten ausgeglichen werden.»

## Geuensee: «Noch nicht bereit»

Kritische Rückmeldungen zu einem regionalen Bauamt zwischen den drei Surentaler Kommunen erhielt der Gemeinderat von Geuensee von verschiedenen Seiten. So wurde moniert, dass die Stimmbürger nicht genügend informiert seien. «Diesen Punkt nehmen wir ernst», sagt Gemeindepräsident Paul Gerig. Die Summe der Einwände hat die Geuenseer Exekutive bewegt, das Geschäft abzutraktandieren.

«Im Nachhinein kann man sagen: Wir waren noch nicht bereit», so der Gemeindepräsident. Erschwerend kam für die zusammenarbeitwilligen Geuensee, Büron und Knutwil dazu, dass zwei Surentaler Kommunen der Schaffung eines regionalen Bauamts eine Absage erteilten. Triengen sei im Juni ausgetreten, und

Schlierbach wolle vorderhand abwarten, sagt Gerig.

Nach der Abtraktandierung in Geuensee befand gestern Abend die Gemeindeversammlung von Büron über dasselbe Prozedere. Bei Redaktionsschluss war das Resultat noch nicht bekannt. Das gleiche Ziel verfolgt nächste Woche die Gemeinde Knutwil. Trotzdem sieht der Büroner Gemeindepräsident Jürg Schärli im Time-out eine Chance, «um mit weiteren Gemeinden Gespräche zu führen». Diesbezüglich soll der Blickwinkel nach Schenkon und Sursee erweitert werden.

## Schenkon: «Sind gesprächsbereit»

Auf diesen Vorstoss aus dem Surental angesprochen, zeigt sich der Schenkoner Gemeindepräsident Patrick Ineichen «grundsätzlich gesprächsbereit». Er weiss: «Wir müssen die Aufgaben künftig nicht mehr nur kommunal, sondern auch regional lösen.» Allerdings dürfe die Ge-

meindeautonomie dabei nicht angetastet werden. Bedarf für eine Zusammenarbeit orter er beispielsweise bei der Bautätigkeit oder den zunehmenden Verkehrsthemen. In Bezug auf ein regionales Bauamt vertritt Ineichen eine klare Haltung. Er erklärt: «Wenn Sursee mitmacht, sind wir bereit, den Weg weiter zu gehen.» Und zusätzlich sagt er: «Die Stadt muss endlich die Verantwortung als zweites, starkes Zentrum des Kantons wahrnehmen.»

## «Wenn Sursee mitmacht, sind wir bereit, den Weg weiter zu gehen.»

PATRICK INEICHEN, GEMEINDEPRÄSIDENT SCHENKON

## Sursee: «Keine Schnellschüsse»

Doch wie stellt sich Sursee dazu? «Wir sind bereit, die Frage zu prüfen. Aber wir machen keine Schnellschüsse», wagt Bauvorsteher Bruno Bucher ab. Stadtpräsident Beat Leu sagt: «Wir geben uns offen.» Allerdings erscheint ihm der Zeitplan mit Start per September 2016 als «sehr ambitioniert». Sursee offeriere Büron, Geuensee und Knutwil jedoch, sich zumindest in einer ersten Phase im

Stadthaus einzumieten und bei Bedarf vom Surseer Know-how zu profitieren.

Für Leu stimmt bei drei, vier involvierten Gemeinden zudem der Perimeter nicht. «Entweder sind es für einen Zusammenschluss nur ganz wenige oder dann viele Partner.» Ansonsten befürchtet der Stadtpräsident ein ähnliches Szenario wie im Januar 2012. Damals scheiterte die Gemeindefusion von Geuensee, Knutwil, Mauensee und Sursee. Deshalb macht für ihn eine Ausdehnung auf alle Sursee-Plus-Gemeinden Sinn. «So könnten raumplanerische und verkehrstechnische Themen gemeinsam in Angriff genommen werden.»

## Oberkirch: «Gut aufgestellt»

Ein Blick, etwa nach Oberkirch, zeigt jedoch: In den letzten Jahren wurde das Bauamt leistungsmässig sogar ausgebaut. «Wir sind gut aufgestellt», sagt Gemeindepräsident Ernst Roth. «Zum jetzigen Zeitpunkt ist uns kein Konzept bekannt, um bei einem solchen Projekt mitzumachen. Es müsste sich für uns und die Region ein Mehrwert herausstellen.»

ERNESTO PIAZZA  
ernesto.piazza@luzernerzeitung.ch